

**Interdisziplinäre Gesprächsrunde zu den Themen  
„Falsche und irreführende Informationen/Hybride  
Bedrohungen/Verschwörungstheorien/Anti-Corona-Demonstrationen“**

**am 2. Juni, 2020, von 12 bis 14 Uhr**

**mit Herrn Staatssekretär Dr. Markus Kerber und Herrn Regierungssprecher  
Steffen Seibert**

**zusammen mit BMG, BMFSFJ, AA, BpB, Plattformbetreibern,  
Wissenschaftlern und NGOs.**

**Ablauf**

**1. Kurze Begrüßung durch Herrn Staatssekretär Dr. Markus Kerber**

**2. Zwei Themenblöcke: Analyse und Maßnahmen**

**2a. ANALYSE (30 min)**

**Redner (jeweils maximal 5 min):**

- **Herr Staatssekretär Dr. Markus Kerber (Eröffnung)**
- Herr Prof. Dr. Heinz Bude, Soziologe und Professor der Makrosoziologie, Universität Kassel
- Herr Semjon Rens, Public Policy Manager, Facebook
- Frau Sabine Frank, Head of Governmental Affairs and Public Policy, YouTube
- Herr David Schraven, Journalist und Gründer des Recherche-Büros Correctiv

**Leitfragen**

- Kurze Begriffsklärung vorab: Was verstehen wir unter falscher/irreführender Information, Desinformation, Hybrider Bedrohung, Verschwörungstheorien?
- Welche Sachinformationen, Berichte (zu Teilnehmern, Inhalten, etc.) liegen vor?
- Welche der Sachinformationen können für die Kommunikation verwendet werden?
- Welche Risiken/weitere zu erwartende Entwicklung gilt es zu berücksichtigen?
- Wer verbreitet Desinformation und wer rezipiert sie?
- Wie lassen sich die Gruppen qualitativ und quantitativ beschreiben?
- Wie und wo wird Desinformation primär verbreitet?

**2b. Maßnahmen (60 min)**

**Redner (jeweils maximal 5min):**

- Herr Staatssekretär Steffen Seibert, Bundespresseamt
- Herr Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung
- Frau Simone Rafael, Amadeu Antonio Stiftung

- Frau Anna-Katharina Meßmer, Projektleiterin Digitale Nachrichten- und Informationskompetenz, Stiftung Neue Verantwortung

### Leitfragen

- Wo sehen Sie noch Handlungsbedarf?
- Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen?
- Was hat sich bewährt?
- Welche Botschaften sollten gesetzt werden?
- Wie steht es um die Medienkompetenz der deutschen Bevölkerung?
- Wer (der Anwesenden) sollte was tun und wo gibt es sinnvolle Schnittmengen?

## 3. Ausblick (30 min)

### Leitfragen

- Welche Empfehlungen haben Sie für die Bundesregierung? Welche Art der Zusammenarbeit stellen Sie sich mit der Bundesregierung vor?
- Haben Sie den Eindruck, hinreichend miteinander vernetzt zu sein?
- Welche weiteren Formate/Formen des Austauschs braucht es?
- Welche weiteren Gruppen/Teilnehmer sollten vertreten sein?
- Ist ein Follow-Up gewünscht?
- Was können wir konkret miteinander für die nächsten drei Monate/6 Monate vereinbaren?
- Gibt es bestimmte Termine (IMK, etc.) die bei der Kommunikationsplanung berücksichtigt werden sollten?



Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat

Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

Herrn  
Dr. Jürgen O. Kirchner



QUELLE

**WIR FEIERN**  
**75 JAHRE**  
**GRUNDGESETZ**

Alt-Moabit 140  
10557 Berlin  
Postanschrift  
11014 Berlin  
Tel +49 30 18 681-11519  
Fax +49 30 18 681-55038

bearbeitet von:  
Felchner

IFG@bmi.bund.de  
www.bmi.bund.de

**Informationsfreiheit - Treffen des Bundesministeriums des Inneren  
mit der CORRECTIV - Recherchen für die Gesellschaft gGmbH**

Ihre E-Mail vom 9. April 2024  
ZII4.13002/28#899  
Berlin, 23. Mai 2024

## IFG - Treffen Correctiv (28#899)

**Von:** Dr. Jürgen O. Kirchner

**An:** IFG@bmi.bund.de

**Datum:** 06.06.2024 15:24:34

Sehr geehrte Frau Felchner,

für die Übermittlung der Agenda des Geheimtreffens von Vertretern der deutschen Bundesregierung mit Vertretern der dominierenden Online-Medien am 02. Juni 2020 bedanke ich mich. Im Anschreiben stellen Sie in Abrede, dass es sich um ein Geheimtreffen gehandelt hat. In der Tat hat dieses Wort durch die Art und Weise, wie es von Correctiv in die deutsche Medienlandschaft gepumpt wurde, einen schlüpfrigen Charakter. Dem kann man nur abhelfen, indem man definiert, was genau gemeint ist. In diesem Sinne gebrauche ich den Begriff Geheimtreffen für Zusammenkünfte mit politischem Charakter, an dem Funktionsträger des Staates (Regierungsvertreter, Mandatsträger und Beamte) in ihrer Funktion (also nicht privat) beteiligt sind und deren Gegenstand/Inhalt von berechtigtem Interesse für die Öffentlichkeit ist. Diese Definition trifft auf das genannte Treffen am 02. Juni 2020 uneingeschränkt zu.

Auch, weil dieses Geheimtreffen aufgrund seiner Agenda und insbesondere auch wegen der Teilnahme der Media-Schwergewichte Facebook und YouTube die gebotene Staatsferne der vertretenen Medien in Frage stellt. Somit bestand sogar ein gesteigertes Interesse der Öffentlichkeit, vom Stattfinden, sowie von Inhalten und Ergebnissen Kenntnis zu erhalten. Nach meinen Recherchen wurde dies aber konsequent unterlassen, es sind im Internet über die üblichen Suchmaschinen keine entsprechenden Meldungen auffindbar.

In diesem Kontext ist weiter von Bedeutung, dass dieses Geheimtreffen bereits Gegenstand von Anfragen von Abgeordneten des deutschen Bundestages an die Bundesregierung war. In diesem Sinne ist zunächst die Bundesdrucksache 20/5498 zu zitieren, die Sie in Ihrem Anschreiben ja auch benannt haben (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005498.pdf>). Darin heißt es: *"Bezogen auf eine Äußerung der damaligen Regierungssprecherin Ulrike Demmer vom 18. Mai 2020 fragten die Abgeordneten, ob es Gespräche der Bundesregierung mit Vertretern von YouTube (Google) gab, in denen die Verbreitung von gesundheitsbezogener Desinformation zum Thema Corona Gegenstand war. Darauf antwortete die Bundesregierung am 1. Dezember 2022: „Diesbezügliche Gespräche fanden mit Vertreterinnen oder Vertretern von Youtube/Google nicht statt“ (s. o.). Auf die weitere Frage, ob entsprechende Gespräche mit anderen Plattformbetreibern stattfanden, antwortete die Bundesregierung: „Diesbezügliche Gespräche fanden nicht statt“ (Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 20/4789). Am 25. Januar 2023 berichtete die „BILD“-Zeitung unter dem Titel „Enthüllt: Geheim-Gipfel mit Facebook und Google – Ließ die Bundesregierung unliebsame Corona-Meinungen löschen?“ über ein „vertrauliches“ Treffen im Bundespresseamt am 2. Juni 2020."*

Die in dieser Bundesdrucksache 20/5498 enthaltenen Fragen beantwortete die Bundesregierung dann in der Bundesdrucksache 20/5906 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005906.pdf>) unter anderem so: *"Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/4789 wurde nach bestem Wissen wahrheitsgemäß gegeben. In der Fragestellung selbst erfolgte kein zeitlicher Bezug zu vorangegangenen Legislaturperioden. Insofern bezog das Bundesministerium für Gesundheit, wie im parlamentarischen Fragewesen üblich, die Frage auf die aktuelle Bundesregierung. Die in der Vorbemerkung erwähnte Veranstaltung fand hingegen in der vergangenen Legislaturperiode statt."*



Entgegen dieser Aussage bezogen sich aber alle Fragen der Bundesdrucksache 20/4789 auf das, was die damalige Regierungssprecherin Ulrike Demmer am 18. Mai 2020 geäußert hatte - und damit betreffen die Fragen entgegen der Behauptung der Bundesregierung den gesamten seit dieser Äußerung verstrichenen Zeitraum, einschließlich des entsprechenden zeitlichen Abschnitts der vorherigen Legislaturperiode. Darüber hinaus hat die Bundesregierung trotz konkreter Nachfrage durch die Abgeordneten keine Details des Geheimtreffens vom 02. Juni 2020 preisgegeben, nicht einmal das, was mir jetzt in Form der Agenda dieses Treffens vorliegt, nachdem ich diese explizit unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz angefordert habe.

Aus dieser also erst jetzt vorliegenden Agenda des Geheimtreffens vom 02. Juni 2020 geht nun hervor, dass Semjon Rens, Public Policy Manager von Facebook, Sabine Frank, Head of Governmental Affairs and Public Policy von YouTube, und David Schraven, Geschäftsführer von Correctiv, zu den Rednern des Treffens gehörten. Es ist deshalb davon auszugehen, dass mit diesen Personen bereits vor dem Treffen Absprachen getroffen wurden - denn kein Redner kann seine diesbezügliche Aufgabe erfüllen, ohne dass Ziele und Inhalte seiner Rede vorab besprochen worden wären.

Nach Abschluss der Vorträge war dann laut Agenda die konkrete *"Zusammenarbeit"* der anwesenden Medien mit der Bundesregierung Gegenstand. So wurde gefragt, ob die Vernetzung untereinander bereits ausreicht, welche weiteren *"Formate/Formen des Austauschs"* gebraucht werden und welche *"Teilnehmer"* (also konkrete Personen) dabei zu beteiligen sind. Ganz konkret wurden auch Termine für die gemeinsame *"Kommunikationsplanung"* abgefragt. Insbesondere aber wurde folgende Frage gestellt: *"Was können wir konkret miteinander für die nächsten drei Monate/6 Monate vereinbaren?"*

Aus Sicht dieser Sachverhalte und insbesondere den Inhalten sind also folgende Schlüsse zu ziehen:

1. Bei dem von der Bundesregierung mit Vertretern von wesentlichen Online-Medien am 02. Juni 2020 stattgefundenen Geheimtreffen wurde gezielt die gebotene Staatsferne maßgeblicher Medienvertreter untergraben. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass sich der Inhalt dieses Geheimtreffens nicht auf einen Informationsaustausch beschränkte, sondern ausdrücklich die Vereinbarung einer gemeinsamen *"Kommunikationsplanung"* "für die nächsten drei/6 Monate" zum Ziel hatte.
2. Selbst nachdem das Stattfinden dieses Geheimtreffens Anfang 2023 ruchbar geworden war, hat die Bundesregierung nicht nur Bundestagsabgeordnete, sondern auch die Öffentlichkeit getäuscht, indem dessen Stattfinden abgestritten wurde. Dieses Abstreiten wurde dann später mit dem nicht zutreffenden Argument relativiert, die Fragen zu dieser Art Treffen hätte sich nur auf die laufende Legislaturperiode bezogen.
3. Letztlich haben aber auch die an diesem Geheimtreffen beteiligten Medienvertreter den Betrug am Bürger dadurch mitgetragen, dass auch von diesen die Inhalte, Ergebnisse und sogar das Stattfinden des Treffens geheim gehalten wurden. Als Medienvertreter namentlich genannt wird David Schraven, der Geschäftsführer der Correctiv - Recherchen für die Gesellschaft gGmbH, die sich offiziell eigentlich in jeder Hinsicht der Schaffung von Transparenz verschrieben hat, diesbezüglich aber zunehmend jegliche Glaubwürdigkeit in Frage stellt.

Da es gemäß Ihres Schreibens kein Protokoll zu diesem Treffen am 02. Juni 2020 gibt und damit auch keine Aufzeichnungen über die im Geheimen zwischen Regierung und Medienvertretern abgesprochene *"Kommunikationsplanung"* für die folgenden Monate, bleibt nun der bittere Beigeschmack der Ungewissheit.

In Anbetracht der inzwischen öffentlich gewordenen Protokolle von Sitzungen der von der Bundesregierung oder ihren Behörden eingesetzten Corona-Expertengremien, aber auch durch die Bestätigung kritischer Sachverhalte, die in der Corona-Hochphase von zahlreichen Politikern so heftig bestritten wurden, ist dieser Beigeschmack geradezu unerträglich geworden. So war bereits wenige Monate nach Beginn der Covid-19-Impfkampagne offenbar geworden, dass der Impfstoff von AstraZeneca durch die Verursachung neuartiger thrombotischer Ereignisse schwerste Schäden bis hin zum Tod verursachen kann. Vom Markt genommen wurde dieser Impfstoff aber erst kürzlich und damit drei Jahre zu spät, denn inzwischen ist ein Viertel der Weltbevölkerung damit geimpft worden. Das jedoch war nur möglich, weil eine kritische Berichterstattung über die neuartigen Nebenwirkungen der Corona-Genimpfungen in den Breitenmedien weitestgehend unterblieb.

Sie sehen also, das Geheimgespräch der Bundesregierung mit Medienvertretern am 02. Juni 2020 kann zu Leid und Tod zahlreicher Menschen beigetragen haben. Und die von uns nachgewiesenen massiven DNA-Verunreinigungen im mRNA-Impfstoff Comirnaty (König und Kirchner 2024, <https://www.mdpi.com/2409-9279/7/3/41>), die auch aufgrund von systematischem Leugnen durch Regierung und regierungsnahe Medien bisher nicht in der nötigen Konsequenz verfolgt worden sind, lassen befürchten, dass uns noch Schlimmeres bevorsteht.

Mit freundlichen Grüßen  
Jürgen Kirchner

Dr. Jürgen O. Kirchner  
Diplombiologe, MBA